

Margit Schratzenstaller, Martin Falk, Helmut Kramer, Markus Marterbauer,
Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen

Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001

Gemäß einer Unternehmensbefragung des WIFO ist der Bekanntheitsgrad der wichtigsten steuerlichen Maßnahmen der zwei Konjunkturbelebungs Pakete 2001 und 2002 hoch, Inanspruchnahme und Effektivität sind aber unterschiedlich. Am erfolgreichsten erscheint die Lehrlingsprämie – sie wird von 53% der befragten Unternehmen in Anspruch genommen und erhöht die Ausbildungsaktivitäten von 16% der Unternehmen. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte sind positiv: Die Infrastrukturausgaben erhöhen das BIP 2002 um bis zu ¼%, 2003 um bis zu ½%. Knapp ¼ Prozentpunkt trägt die Investitionszuwachsprämie zum BIP-Anstieg bei.

Der vorliegende Beitrag beruht auf dem ersten Teil der WIFO-Studie "Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums" im Auftrag der Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2003, 76 Seiten, 30 €, kostenloser Download: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24548; Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01-282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at); der zweite Teil der Studie beschäftigt sich mit strukturpolitischen Maßnahmen zur Beschleunigung des Wachstums. In einem Folgebeitrag (WIFO-Monatsberichte 11/2003) werden sowohl bereits beschlossene als auch geplante Maßnahmen zur Konjunkturbelebungs ab 2004 analysiert. • Begutachtung: Karl Aiginger • Wissenschaftliche Assistenz: Monika Dusek, Brigitta Schütz, Martha Steiner, Roswitha Übl • E-Mail-Adresse: Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at

Der vorliegende Beitrag nimmt eine erste Evaluierung der wichtigsten Maßnahmen vor, die seit 2001 zur Stimulierung der Konjunktur in Österreich ergriffen wurden. Dabei stehen die beiden Konjunkturbelebungs Pakete 2001 und 2002 sowie die erste Stufe der Steuerreform 2004/05 im Vordergrund. Berücksichtigt werden konjunkturpolitische sowie strukturelle Aspekte und Erfordernisse ebenso wie das internationale Umfeld. Zudem werden weitere Anknüpfungspunkte für Maßnahmen skizziert, welche die für 2004 erwartete leichte Konjunkturerholung in Österreich unterstützen können.

Die EU-Länder, und ausgeprägter noch die Euro-Länder, verharren seit Ende 2000 in einer hartnäckigen Wachstumsschwäche. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 erhöhte sich das BIP der Eurozone um nur knapp 1% pro Jahr, bedeutend schwächer als das Wachstumspotential. Die Wirtschaft der USA erzielte in diesem Zeitraum einen jährlichen Zuwachs von etwas mehr als 1,5%, die Konjunktur ist seit dem Vorjahr wesentlich besser als in Westeuropa. Deutschlands Wirtschaft wuchs im Durchschnitt um nur rund ¼% und stagniert heuer. Die deutsche Wachstumsschwäche ist einer der Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass auch Österreichs Wirtschaft im Durchschnitt um nur etwa 0,8% pro Jahr und damit etwas unter dem westeuropäischen Durchschnitt wuchs.

Die Hartnäckigkeit der Konjunkturschwäche in Europa ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen:

- Zum einen erfasste das abrupte Ende der außergewöhnlichen spekulativen Hausse vor allem von Aktien der New Economy auch die europäischen Börsen und beeinträchtigte dort traditionelle Werte und die Stimmung von Unternehmen und Konsumenten.

Konjunktureller Hintergrund

- Zum anderen gingen dem Rückschlag auch in Europa Überinvestitionen nicht nur in Finanztitel, sondern auch in Realanlagen voraus, die hohe Kreditfinanzierung erforderten.
- Die darüber hinaus vom Irak-Krieg ausgehenden Unsicherheiten zogen ebenfalls eine Haltung genereller Vorsicht und Risikoscheu der Wirtschaft nach sich.

Übersicht 1: Konjunkturverlauf in Österreich und der EU

	Österreich				EU			
	2001	2002	2003	Ø 2001/ 2003	2001	2002	2003	Ø 2001/ 2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real							
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,0
Inlandsnachfrage	- 0,1	- 1,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	- 1,7	± 0,0	- 2,4	+ 0,0	- 0,8
Privater Konsum	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,5
Exporte insgesamt	+ 7,4	+ 3,1	- 0,2	+ 3,4	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,6

Q: WIFO, Konjunkturprognose vom September 2003.

Das Streben nach Konsolidierung von Unternehmens- und Bankbilanzen sowie der Vermögensposition der privaten Haushalte erhielt Vorrang gegenüber offensiveren Strategien. Ein solcher Rückschlag dauert ohne klar erkennbare wirtschaftspolitische Gegensteuerung regelmäßig länger als ein Konjunkturerholung, der von restriktiver Geldpolitik zur Stabilisierung der Preise ausgeht. Gemäß empirischen Erfahrungen wird eine längere, jedoch relativ milde Konjunkturflaute durch eine ähnlich zögernde und seichte Belebung überwunden.

Eine Stützung der Konjunktur hätte ceteris paribus die Bereitschaft zu höherer Verschuldung der öffentlichen Haushalte vorausgesetzt. Dies wollten im Euro-Raum wegen der Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nur jene kleineren Länder riskieren, die bereits einen strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt oder einen Überschuss erreicht hatten. Fiskal- und Geldpolitik zögerten angesichts der überwiegend noch nicht gelungenen Budgetkonsolidierung und der Inflationsraten von über 2% mit einer bewussten Stimulierung der Konjunktur und mit raschen Leitzinssenkungen. Die Steuersenkung 2001 in Deutschland vermittelte nur geringe Konjunkturimpulse, weil private Haushalte und Unternehmen wegen der Unsicherheit und der mehrfach enttäuschten Erwartung einer Konjunkturerholung die Steuererleichterungen weitgehend zur Verbesserung ihrer Vermögensposition nutzten, also sparten. Sie verschärfte aber zusammen mit den automatischen Effekten der schlechten Konjunktur die Lage der deutschen Staatsfinanzen; ab 2002 wurde die Defizit-Grenze von 3% des BIP anhaltend überschritten.

Die weltweite Abschwächung der Exportnachfrage und die Rückschläge in der Entwicklung der inländischen Endnachfrage machten die Konsolidierungsziele in den großen Ländern der Währungsunion politisch unerreichbar, auch wenn eine bewusste (diskretionäre) Konjunkturstützung nahezu einhellig abgelehnt wurde. Damit gingen auch von den Staatsfinanzen überwiegend restriktive Effekte auf die Wirtschaft aus.

Die wirtschaftspolitischen Bemühungen konzentrierten sich nicht nur in Österreich auf Ausgabensenkungen in den Bereichen öffentlicher Dienst, Infrastruktur und soziale Einrichtungen. Angestrebt wurden weiters Maßnahmen zur Steigerung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und zur Senkung des Niveaus von Sozialleistungen – teilweise durch eine Verbesserung von deren "Treffsicherheit". Im Rahmen des Lissabon-Prozesses sollten darüber hinaus Impulse für die raschere Anhebung der Produktivität in Europa gesetzt werden. Solche Strukturverbesserungen kamen wegen der angespannten makroökonomischen Situation und des politischen Vorrangs, den die Budgetkonsolidierung und die Inflationsbekämpfung de facto erhielten, nur enttäuschend langsam voran. An der Einschränkung der öffentlichen Investitionen und der Dotierung von Bildung und Forschung lässt sich in der Mehrzahl der Euro-Länder de-

Die wirtschaftspolitischen Bemühungen konzentrierten sich in den letzten Jahren nicht nur in Österreich auf Ausgabensenkungen in den Bereichen öffentlicher Dienst, Infrastruktur und soziale Einrichtungen. Im Rahmen des Lissabon-Prozesses sollten Impulse zur Steigerung der Produktivität in Europa gesetzt werden. Solche Strukturverbesserungen kamen jedoch wegen der angespannten makroökonomischen Situation und des politischen Vorrangs, den Budgetkonsolidierung und Inflationsbekämpfung de facto erhielten, nur enttäuschend langsam voran. An der Einschränkung der öffentlichen Investitionen und der Dotierung von Bildung und Forschung lässt sich in der Mehrzahl der Euro-Länder demonstrieren, dass an sich zielführende strukturpolitische Strategien bei schlechter Konjunktur kaum umzusetzen sind.

monstrieren, dass an sich zielführende strukturpolitische Strategien bei schlechter Konjunktur kaum umzusetzen sind.

Die zuletzt verfügbaren Indikatoren scheinen die vor dem Sommer 2003 veröffentlichten Prognosen einer allmählichen Konjunkturbelebung in den USA, in Europa und in Japan zu bestätigen. Allerdings spielt dabei in den USA der vorübergehende Nachfrageimpuls im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg eine beträchtliche Rolle; daneben stützen die außerordentlich niedrigen Zinsen und die bis zuletzt durch die Immobilien-Hausse gestärkte Nachfrage der privaten Haushalte die Konjunktur. An den Börsen und in den Erwartungen der Unternehmen setzte sich eine Aufhellung des Klimas durch, die auch auf Europa ausstrahlte. Den psychologischen Faktoren müsste allerdings bald eine realwirtschaftliche Nachfragebelebung folgen, wenn sich die Erholung fortsetzen und nicht wie im Sommer 2002 – nach ganz ähnlichen Signalen – wieder verebben soll.

Was spricht neben einer Verbesserung der Stimmung der Unternehmen, der Börsen und teilweise auch der Konsumenten für eine Belebung in Europa? Nach drei Jahren der Flaute hat sich Ersatzbedarf aufgestaut. Das Nominalzinsniveau ist auch hier niedrig – freilich nicht für alle Wirtschaftssparten auch das Realzinsniveau, weil vor allem die Industrie eine Dämpfung der Erzeugerpreise verzeichnet: Die Euro-Aufwertung setzte sich ab dem Frühsommer nicht fort, sondern bildete sich etwas zurück; darüber hinaus können von quantitativ meist sehr begrenzten nationalen Konjunkturprogrammen gewisse stimulierende oder das Vertrauen stärkende Effekte ausgehen.

Die Fortsetzung der Belebung der europäischen und der Weltkonjunktur ist allerdings nach wie vor mit einer Reihe von Risiken konfrontiert: Die makroökonomischen Ungleichgewichte in den USA sind nicht überwunden, zum Teil sogar noch gewachsen und könnten sich auf den Dollarkurs und das Zinsniveau auswirken. Die Rohölpreise sind nach dem Ende des Irak-Kriegs noch nicht gesunken und beeinträchtigen die Kaufkraft der erdölimportierenden Staaten. Der Euro notiert noch immer um gut 25% höher als zu Beginn des Vorjahres; das belastet die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Güter und Dienstleistungen.

Vor allem aber haben die EU und der Euro-Raum nicht zu einer wirkungsvollen koordinierten Strategie zur Bekämpfung der Nachfrageschwäche gefunden. Als Ursache der äußerst schleppenden Entwicklung werden vor allem Strukturschwächen und Starrheiten des Angebotes diagnostiziert. Tatsächlich können solche Angebotsmängel in Europa die Dynamik bremsen. Diese Feststellung und unzulässige Verkürzungen der ökonomischen Zusammenhänge brachten mit sich, dass die Wirtschaftspolitik und die öffentliche Diskussion erst in jüngster Zeit bereit scheinen, die Diagnose eines generellen Nachfragemangels zögerlich in Betracht zu ziehen.

Die Verpflichtungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ebenso wie die Offenheit der nationalen Wirtschaftsräume, die in einem gewissen Ausmaß in einem grenzüberschreitenden Versickern autonomer Nachfrageimpulse resultiert, setzen der Wirtschaftspolitik jedes einzelnen EU-Landes Grenzen. Das gilt für kleine Volkswirtschaften wie die österreichische besonders. Sie wären daher in erster Linie dazu berufen, den makroökonomischen Kurs auf europäischer Ebene zu hinterfragen. Eine koordinierte europäische Struktur zur Belebung der Nachfrage in investiven Bereichen ist durchaus budgetschonend denkbar und könnte strukturpolitisch adäquate Ziele verfolgen.

Fiskalische Erleichterungen sind außerdem aufgrund einer relativ hohen Sparneigung der betroffenen privaten Haushalte und einer angesichts der Konjunkturrisiken geringen Investitionsbereitschaft der Unternehmen nur begrenzt nachfragewirksam – vor allem wenn sie (wie die auf 2004 vorgezogene letzte Stufe der Steuerreform in Deutschland und die Steuersenkungspläne in Frankreich) primär auf die Entlastung hoher Einkommen und der Unternehmen zielen. Weltweite Schocks, die Börsenkrise einschließlich skandalöser Manipulationen, die Pensionsdebatte und ungenügendes Vertrauen in die Politik können in Österreich ebenfalls die Ausgabenbereitschaft dämpfen.

Die Verpflichtungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ebenso wie die Offenheit der nationalen Wirtschaftsräume, die autonome Nachfrageimpulse teils versickern lässt, setzen der Wirtschaftspolitik jedes einzelnen EU-Landes Grenzen. Dies gilt für kleine Volkswirtschaften wie die österreichische besonders. Sie wären daher in erster Linie dazu berufen, den makroökonomischen Kurs auf europäischer Ebene zu hinterfragen. Die förmliche Trennung von makroökonomischer und strukturpolitischer Verantwortung im Vertragswerk der EU ist verfehlt. Bedenklich ist die Beobachtung, dass auch und gerade materielle und immaterielle Zukunftsinvestitionen den Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte geopfert oder hinausgeschoben statt vorgezogen werden.

Die Wirtschaftspolitik plädiert in der EU primär für die Behebung von Strukturschwächen – ohne sehr augenfälligen Erfolg bisher, weil eben die Lage der Konjunktur und der öffentlichen Finanzen keine großen Durchbrüche erlaubt. Die förmliche Trennung von makroökonomischer und strukturpolitischer Verantwortung im Vertragswerk der EU ist verfehlt. Bedenklich ist die Beobachtung, dass auch und gerade materielle und immaterielle Zukunftsinvestitionen den Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte geopfert oder hinausgeschoben statt vorgezogen werden.

Die mitentscheidende Rolle der makroökonomischen Rahmenbedingungen wird regelmäßig unterschätzt, wenn die europäische Wachstumsschwäche überwiegend auf Versäumnisse der Strukturpolitik zurückgeführt wird. Diese Hypothese ist nicht überzeugend, weil dieselben oder noch ausgeprägtere Mängel sowie dasselbe System des Sozialstaates noch in den frühen neunziger Jahren in Europa ein höheres Wachstum erlaubten als in den USA. Natürlich spricht dies nicht gegen konsequente Bemühungen um den Abbau struktureller und institutioneller Ineffizienzen.

Zwei Konjunkturbelebungs Pakete

Die österreichische Bundesregierung beschloss im Dezember 2001 und im September 2002 eine Reihe von vorwiegend fiskalischen stimulierenden Maßnahmen, die vor dem Hintergrund der nachhaltigen Verschlechterung der internationalen Konjunktur die heimische Wirtschaftstätigkeit und die Beschäftigungslage stützen, Strukturmängel abbauen und die Attraktivität des Standortes sichern oder verbessern sollten. Wegen der Absicht, den Staatshaushalt auf mittlere Sicht konsequent zu konsolidieren, und des oben dargestellten Risikos, dass der Aufwand des Staates verpuffen könnte, war der Aufwand für den Staatshaushalt von vornherein relativ begrenzt (für 2003 knapp 0,6% des BIP). Mit einer massiven Behebung der heimischen Konjunktur war deshalb nicht zu rechnen.

Die Evaluierung der Konjunkturpakete anhand von messbaren Erfolgsindikatoren ist zum aktuellen Zeitpunkt nur teilweise möglich: Einerseits wirken die Maßnahmen noch weiter, und die Erfahrung mit den ausgelösten Effekten ist recht kurz; andererseits können solche Effekte wegen ihrer im Allgemeinen sehr begrenzten Größenordnung nur schwer von anderen Einflüssen isoliert werden. Eine für die Evaluierung der beiden Konjunkturpakete vom WIFO durchgeführte Erhebung unter 444 Unternehmen in der Sachgüterproduktion und im Dienstleistungsbereich brachte dennoch eine Reihe von interessanten Aufschlüssen über die Wirksamkeit der Maßnahmen.

Die zwei Konjunkturbelebungs Pakete vom Dezember 2001 und vom September 2002 umfassen sowohl Steuererleichterungen als auch (teilweise vorgezogene) Mehrausgaben.

Das erste Konjunkturbelebungs paket vom Dezember 2001

Steuererleichterungen

- Befristete vorzeitige Abschreibung: Erhöhung des Abschreibungssatzes für Bauten von 3% durch einen auf das Jahr 2002 befristeten vorzeitigen Abschreibungssatz (7%) auf 10%, begrenzt auf ein Herstellungsvolumen bis 3,8 Mio. € und damit eine höchstmögliche Sonderabschreibung von 266.000 €.
- Forschungsfreibetrag und Forschungsprämie: Erweiterung der steuerbegünstigten Forschungsaufwendungen (Frascati-Manual), Einführung eines Forschungsfreibetrags von 10% und einer Forschungsprämie von 3% für Forschungsaufwendungen nach der Neudefinition¹⁾,
- Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie: Einführung einer Bildungsprämie von 6% der Ausgaben, Anhebung des Bildungsfreibetrags von 9% auf 20% für außerbetriebliche Aus- und Fortbildung.
- Steuerbegünstigungen für Betriebsübertragungen: Ausweitung der Steuerbegünstigungen für Betriebsneugründungen auf Betriebsübertragungen, Grunderwerbsteuerbefreiung bis zu einem maßgeblichen Grundstückswert von 75.000 €.

¹⁾ Freibetrag und Prämie können anstelle des allgemeinen Forschungsfreibetrags von 25% für durchschnittliche Forschungsaufwendungen bzw. 35% für überdurchschnittliche Forschungsaufwendungen (2000 eingeführt) geltend gemacht werden.

- Vorziehen baureifer Projekte der Bundesimmobiliengesellschaft: Vorfinanzierung von 17 baureifen Projekten durch die BIG und Refinanzierung über Mietzahlungen (Bildungsministerium, Justizministerium; Investitionen von 143 Mio. €).
- "Hochbaumilliarde": Sonderfinanzierung von 19,6 Mio. € pro Jahr 2001 bis 2003 für den Bundeshochbau.
- Weltkulturerbe: Vorziehen von Unterstützungsmaßnahmen für das Weltkulturerbe in Österreich (1 Mio. €) in das Jahr 2002.
- Ausweitung des außerbudgetären Finanzierungsrahmens im Bereich der Infrastruktur: Erhöhung des jährlichen Finanzierungsvolumens um 470 Mio. € 2002 bis 2004.

Ausgaben
Übersicht 2: Maßnahmen im Rahmen des ersten Konjunkturbelebungspaketes von 2001

	Geltungsdauer	Volumen Mio. € p. a.
Befristete vorzeitige Abschreibung	2002 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	73
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Steuerbegünstigungen Betriebsübertragungen	Unbefristet	51
BIG	2002	143
"Hochbaumilliarde"	2001 bis 2003	20
Weltkulturerbe	2002	1
Infrastruktur	2002 bis 2004	470

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ 2003 und 2004 budgetwirksam.

Übersicht 3: Gesamtvolumen des ersten Konjunkturbelebungspaketes von 2001

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Mio. €					
Steuerliche Maßnahmen ¹⁾	–	16	218	215	142	142
BIG	–	143	–	–	–	–
"Hochbaumilliarde"	20	20	20	–	–	–
Weltkulturerbe	–	1	–	–	–	–
Infrastruktur	–	470	470	470	–	–
Insgesamt	20	650	708	685	142	142

Q: Bundesministerium für Finanzen; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. – ¹⁾ Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, da die vorzeitige Abschreibung nur in den Jahren 2003 und 2004 budgetwirksam ist.

- Investitionszuwachsprämie: zeitlich befristete Investitionszuwachsprämie für 2002 und 2003 von 10% (Investitionen, die den Durchschnitt der 3 Jahre zuvor übersteigen); nur für Investitionen in ungebrauchte, körperliche und abnutzbare Wirtschaftsgüter (nicht z. B. für Pkw, Software, Gebäude usw.) mit Ausnahme der Investitionen in behindertengerechte Einrichtungen; Investitionsvolumen auf 3,8 Mio. € p. a. begrenzt.
- Befristete vorzeitige Abschreibung: Verlängerung der befristeten vorzeitigen Abschreibung bis Ende 2003.
- Forschungsfreibetrag und Forschungsprämie: Erhöhung des Forschungsfreibetrags (von 10% auf 15%) und der Forschungsprämie (von 3% auf 5%) für Forschungsaufwendungen nach Definition des Frascati-Manual.
- Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie: Erweiterung von Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie auf innerbetriebliche Bildungsaktivitäten und Ausweitung auf Bezieher von Karenzgeld bzw. Kinderbetreuungsgeld.

Das zweite Konjunkturbelebungs paket vom September 2002
Steuer- und Abgabenerleichterungen

- Steuerbegünstigung kapitalgedeckter Altersvorsorge²⁾.
- Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge: Entfall der Beiträge zur Unfallversicherung, Sistierung von Arbeitslosen- und Krankenversicherungsbeiträgen für die ersten zwei Jahre.
- Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für Umschulungsmaßnahmen in Branchen mit Arbeitsplatzverlusten.
- Lehrlingsprämie: 1.000 € jährlich als Ersatz für den bisher gewährten Lehrlingsfreibetrag³⁾.

Übersicht 4: Maßnahmen im Rahmen des zweiten Konjunkturbelebungspaketes von 2002

	Geltungsdauer	Volumen Mio. € p. a.
Investitionszuwachsprämie	2002 bis 2003	100
Befristete vorzeitige Abschreibung	2003 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	40
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Lehrlingsprämie von 1.000 € p. a.	Unbefristet	120
Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge	Unbefristet	75
Jugend- und Lehrlingsbildungspaket	2002 bis 2003	75
Jugendausbildungssicherungsgesetz	2002 bis 2003	20
Betreuungs- und Pflegeberufe	.	10
Umweltförderungsgesetz	2002	10
Biomasseförderung	2003	5

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ 2005 budgetwirksam.

Ausgaben

- Jugend- und Lehrlingsbildungspaket: Qualifizierungsmaßnahme (18 Monate) für minderqualifizierte Jugendliche unter 25 Jahren, die länger als 3 Monate als arbeitslos vorgemerkt sind.
- Jugendausbildungssicherungsgesetz: Maßnahmen vor allem für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren sowie für behinderte Jugendliche; Schaffung von 3.000 Lehrgangsplätzen durch Verlängerung des JASG IV⁴⁾.
- Einführung einer Heimfahrtsbeihilfe für Lehrlinge und Schüler für die Heimfahrt zur Familie am Wochenende.
- Betreuungs- und Pflegeberufe: Anhebung der Zahl der Stellen (von 1.000 auf 2.000).
- Umweltförderungsgesetz: Erhöhung des Zusagerahmens für erneuerbare Energien für 2002.
- Biomasseförderung: Aufstockung der bäuerlichen Biomasseförderung um 5 Mio. € für 2003.

Gesamtvolumen der zwei Konjunkturbelebungsapakete

Die steuerlichen Entlastungswirkungen der beiden Konjunkturbelebungsapakete betragen bis zu 562 Mio. € (2004)⁵⁾. Das höchste Gesamtvolumen wird mit 1.224 Mio. € im Jahr 2003 erreicht.

²⁾ Ab 2003 Begünstigung bis zu einer jährlichen Prämie von 1.851 €, wird mit der Höchstbemessungsgrundlage im ASVG fortgeschrieben. Das Steuerentlastungsvolumen steigt von 50 Mio. € im Jahr 2003 auf 100 Mio. € jährlich ab 2006.

³⁾ 2000 eingeführt, 1.460 € jährlich.

⁴⁾ Das JASG IV stellte 15,6 Mio. € für 2.000 Lehrgangsplätze zur Verfügung.

⁵⁾ Die Daten weichen von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, weil die befristete vorzeitige Abschreibung dort als dauerhaft wirkende Maßnahme berücksichtigt wurde. Allerdings ist angesichts der bereits hohen Auszahlungen im Bereich der Investitionszuwachsprämie zu erwarten, dass diese in größerem Umfang als erwartet in Anspruch genommen wird.

Übersicht 5: Gesamtvolumen des zweiten Konjunkturbelebungspaketes von 2002

	2002	2003	2004	2005	2006
	Mio. €				
Steuerliche Maßnahmen ¹⁾	–	331	347	322	399
Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge	–	75	75	75	75
Jugend- und Lehrlingsbildungspaket	–	75	–	–	–
Jugendausbildungssicherungsgesetz	–	20	–	–	–
Betreuungs- und Pflegeberufe ²⁾	–	10	10	10	10
Umweltförderungsgesetz	10	–	–	–	–
Biomasseförderung	–	5	–	–	–
Insgesamt	10	516	432	407	484

Q: Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. – ¹⁾ Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, weil die vorzeitige Abschreibung nur im Jahr 2005 budgetwirksam wird. – ²⁾ Annahme: unbefristet.

Übersicht 6: Steuerliche Entlastungswirkungen der zwei Konjunkturbelebungsapakete von 2001 und 2002

	2003	2004	2005	2006
	Mio. €			
Erstes Konjunkturbelebungsapaket	218	215	142	142
Zweites Konjunkturbelebungsapaket	331	347	322	399
Insgesamt	549	562	464	541

Q: Bundesministerium für Finanzen. Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, weil die vorzeitige Abschreibung nur in den Jahren 2003 bis 2005 budgetwirksam wird.

Übersicht 7: Gesamtvolumen der zwei Konjunkturbelebungsapakete von 2001 und 2002

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Mio. €					
Erstes Konjunkturbelebungsapaket	20	650	708	685	142	142
Zweites Konjunkturbelebungsapaket	–	10	516	432	407	484
Insgesamt	20	660	1.224	1.117	549	626

Q: Übersichten 3 und 5.

Das WIFO führte gemeinsam mit Hoffmann & Forcher Marketing Research eine repräsentative Befragung von 444 Unternehmen zu den wesentlichen Punkten der beiden Konjunkturbelebungsapakete durch (Investitionszuwachsprämie, zusätzlicher Freibetrag für Forschung und Entwicklung und Forschungsprämie, Bildungsprämie sowie Lehrlingsausbildungsprämie), auf die sich die vorläufige Evaluierung der Effekte der wichtigsten steuerlichen Maßnahmen u. a. stützt. An dieser Untersuchung nahmen 342 Unternehmen ab 20 Beschäftigten aus der Sachgütererzeugung sowie 102 Unternehmen ab 10 Beschäftigten aus bestimmten Dienstleistungssparten (Telekommunikation, Softwarehäuser, Ingenieurbüros und Ziviltchniker, Anbieter von Forschungs- und Entwicklungsleistungen und Entsorgungsbetriebe) teil. Die gewonnenen Daten liefern Hinweise zur Verbreitung und Nutzung der mit den beiden Konjunkturbelebungsapaketen eingeführten Maßnahmen. Das Ausmaß von Mitnahmeeffekten wird nicht ermittelt. Anhand geeigneter Indikatoren werden auch die Wirkungen der Maßnahmen im Baubereich (Vorziehen von Infrastrukturausgaben, "Hochbaumilliarde", vorzeitige Abschreibung) erfasst.

Die gesamtwirtschaftlich größte Bedeutung hat die Steigerung der Bautätigkeit im Bereich der Verkehrsinfrastruktur durch die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für SCHIG und Asfinag. Die Nachfrage im Tiefbau zieht seit dem Frühjahr 2002 an; die Verkehrsinfrastrukturauleistung erhöhte sich 2002 gegenüber dem Vorjahr real um

**Vorläufige Bewertung
der Auswirkungen
der Konjunktur-
belebungsapakete**
Bauwirtschaft

Unter Annahme der üblichen Multiplikatoren könnte die Ausweitung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen 2002 einen Impuls für das BIP von knapp +¼ Prozentpunkt, 2003 von etwa +½ Prozentpunkt erreichen. Die befristete Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung für Bauprojekte, die bis Ende 2003 verlängert wurde, dürfte 2002 noch kaum Auswirkungen gehabt haben. Die Belegung im sonstigen Hochbau, vor allem neuerliche starke Zuwächse im Büro- und Industriebau, dürften allerdings 2003 bereits Vorzieheffekte aufgrund der Steuerbegünstigung widerspiegeln.

12%, für 2003 wird eine Zunahme um 15% erwartet. Das Bauvolumen erhöhte sich im Tiefbau insgesamt im Jahr 2002 um 6,3%.

Die Investitionen der Asfinag in das Straßennetz stiegen von etwa 550 Mio. € im Jahr 2001 auf etwa 700 Mio. € im Jahr 2002; für heuer wird eine weitere Zunahme auf gut 1 Mrd. € erwartet. Die Investitionen der SCHIG in die Schieneninfrastruktur lagen 2001 bei etwa 900 Mio. €, 2002 bei etwa 975 Mio. € und dürften sich heuer ebenfalls auf gut 1 Mrd. € erhöhen. Die Ausweitung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur dürfte die Produktion in diesem Bereich 2002 um etwa 250 Mio. € und im Jahr 2003 um etwa 400 Mio. € steigern. Unter Annahme der üblichen Multiplikatoren könnte in der Folge der Impuls der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen für das BIP knapp +¼ Prozentpunkt im Jahr 2002 und etwa +½ Prozentpunkt im Jahr 2003 betragen. Der WIFO-Konjunkturtest zeigt heuer im Tiefbau eine mäßige Zunahme; für die Jahre 2003 bis 2005 wird ein Wachstum von 3½% bis 4½% p. a. erwartet – etwas weniger als 2002.

Nach den vorliegenden Daten zur Entwicklung des Hochbaus hatten das Vorziehen baureifer Projekte der BIG und die "Hochbaumilliarde" keine merkliche Wirkung. Eine leichte Steigerung der Aufwendungen war bereits 2001 im Bereich von Universitäts- und Schulbauten zu beobachten; 2002 ergab sich ein geringfügiger Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+1,5%), für 2003 und 2004 wird ein merklicher Rückgang der Bautätigkeit in diesem Bereich erwartet. Insgesamt schrumpfte die Bauleistung im Hochbau im Jahr 2002 neuerlich real um 1,8% (nach -2,6% im Jahr 2001). Für 2003 bis 2005 wird eine leichte Erholung erwartet, diese geht aber auf den Wohnbau zurück.

Die befristete Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung für Bauprojekte, die bis Ende 2003 verlängert wurde, dürfte 2002 noch kaum Auswirkungen gehabt haben. Die Belegung im sonstigen Hochbau, vor allem der neuerliche starke Zuwachs im Büro- und Industriebau, könnte allerdings im Jahr 2003 Vorzieheffekte aufgrund der Steuerbegünstigungen widerspiegeln.

Übersicht 8: Bauproduktion

	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Hochbau	+ 1,6	- 2,6	- 1,8	+ 0,6	+ 1,2
Wohnungsneubau	- 1,5	- 5,5	- 2,6	+ 1,1	+ 1,5
Schulen und Unis	- 4,8	+ 6,1	+ 1,5	- 12,2	- 4,5
Industriebau	+ 12,4	- 2,6	- 11,4	- 0,8	- 4,6
Bürobau	+ 15,9	+ 8,0	+ 7,5	+ 34,8	+ 3,5
Tiefbau	+ 2,2	+ 2,7	+ 6,3	+ 4,4	+ 3,2
Verkehrsinfrastruktur	- 3,2	+ 4,9	+ 12,0	+ 15,0	+ 7,0
Telekommunikation	+ 17,9	+ 1,9	+ 9,0	+ 0,3	+ 1,9
Insgesamt	+ 1,7	- 1,5	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,7

Q: Euroconstruct (2003).

Österreichs Investitionen in die Infrastruktur wurden im internationalen Vergleich besonders stark ausgeweitet. In anderen EU-Ländern stagnierte dieser Sektor oder schrumpfte sogar (Frankreich und Deutschland). Nur in Spanien, das von EU-Mitteln besonders profitiert, und in Großbritannien, wo der öffentliche Sektor die Investitionsausgaben kräftig erhöht, sind ähnlich hohe Zuwächse wie in Österreich zu verzeichnen. Der Anteil der Bauwirtschaft am BIP ist in Österreich mit 6,8% (2002) im internationalen Vergleich sehr groß (Deutschland 4,1%, ungewichteter EU-Durchschnitt 5½%) – die Bauquote ist nur in Spanien und Griechenland höher als in Österreich, in Portugal gleich hoch, während die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien für ein hochentwickeltes Industrieland relativ niedrig sind.

Übersicht 9: Wertschöpfung der Bauwirtschaft

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	In % des BIP, nominell													
Österreich	6,3	6,5	6,9	7,0	7,1	7,5	7,4	7,6	7,6	7,6	7,5	7,3	7,0	6,8
Deutschland	5,5	5,7	5,6	6,2	6,3	6,6	6,3	5,9	5,6	5,2	5,1	4,7	4,4	4,1
Frankreich	5,3	5,4	5,6	5,7	5,2	5,1	4,9	4,6	4,1	4,0	4,0	4,3	4,4	.
Italien	5,6	5,8	5,9	5,9	5,5	5,1	4,8	4,9	4,7	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6
Großbritannien	6,5	6,2	5,5	4,9	4,5	4,6	4,6	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6	4,8	5,1
Belgien	5,1	5,1	5,0	5,2	4,9	4,8	4,8	4,6	4,5	4,4	4,6	4,6	4,7	4,6
Dänemark	4,9	4,5	4,3	4,3	3,9	3,9	4,1	4,3	4,0	4,4	4,7	4,6	4,3	4,2
Griechenland	7,2	7,4	7,0	6,5	7,9	6,1	5,9	5,9	6,0	6,5	6,6	6,5	7,0	7,4
Irland	4,4	4,8	4,9	4,7	4,4	4,7	4,7	4,8	4,9	5,5	5,9	6,5	6,5	.
Niederlande	5,7	5,6	5,4	5,4	5,3	5,2	5,0	4,9	4,9	5,0	5,2	5,3	5,4	5,4
Finnland	7,7	7,4	6,6	5,1	4,1	3,9	3,9	4,2	4,5	4,7	5,0	5,1	5,1	5,0
Spanien	7,9	8,5	8,5	7,8	7,3	7,1	7,3	6,9	6,8	7,0	7,4	7,9	8,2	8,6
Schweden	5,8	6,0	5,9	5,4	4,6	4,2	4,0	3,9	3,7	3,6	3,6	3,6	3,7	3,6
Portugal	5,6	5,5	5,3	5,4	5,5	5,6	6,0	6,1	6,6	6,7	6,7	6,9	6,9	.

Q: OECD, National Accounts.

Längerfristig wäre deshalb darauf zu achten, dass die Maßnahmen für die Bauwirtschaft auf ein Vorziehen von Investitionen beschränkt bleiben, d. h. in einem künftigen Konjunkturaufschwung die öffentlichen Ausgaben für die Bauwirtschaft zurückgehalten werden. Weiters sollten alle Möglichkeiten zum Vorziehen von IKT-Investitionen im öffentlichen Bereich geprüft werden (z. B. Autobahnmautsystem, Adonis-Kommunikationssystem, Chipkarten im Gesundheitswesen usw.). Freilich können Bauinvestitionen (z. B. Autobahnbauten) im Allgemeinen wesentlich rascher an die Konjunkturlage angepasst werden als öffentliche IKT-Investitionen.

Übersicht 10: Bauinvestitionen

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP, nominell																
Österreich	13,0	12,9	13,0	13,5	13,7	13,9	14,3	14,2	14,1	14,0	13,8	13,5	13,2	13,0	12,8	13,0	12,8
Deutschland	14,3	14,0	13,5	12,7	13,9	14,3	14,9	14,4	13,7	13,1	12,6	12,4	11,8	10,9	10,1	9,7	9,5
Frankreich	11,0	11,0	10,9	10,7	10,5	9,7	9,3	9,1	8,8	8,4	8,3	8,5	8,9	9,0	9,0	8,9	9,0
Italien	9,8	9,9	10,3	10,3	10,2	9,5	8,7	8,3	8,3	8,0	7,8	7,8	8,1	8,2	8,3	8,3	8,1
Großbritannien	9,9	10,7	10,4	9,0	8,3	7,6	7,5	7,4	7,3	7,3	7,4	7,6	7,8	7,1	7,4	7,9	8,3
Belgien
Dänemark	11,2	10,5	9,9	8,7	8,6	8,5	8,2	8,3	8,9	9,1	9,4	8,8	9,1	8,5	8,2	8,1	8,2
Griechenland	15,0	15,1	15,5	15,4	13,7	13,0	12,0	11,8	11,7	12,0	12,7	13,1	13,0	13,4	13,8	14,3	14,6
Irland	8,1	8,5	10,1	10,2	10,1	8,8	9,6	9,9	11,3	12,7	13,6	14,8	15,3	15,8	15,4	15,0	14,7
Niederlande	12,4	12,2	11,9	11,6	11,8	11,4	11,5	11,3	11,5	11,3	11,4	11,9	12,1	12,3	12,1	12,3	12,4
Finnland	15,0	16,9	16,8	14,9	11,3	8,6	8,0	9,0	9,3	10,1	10,8	11,4	11,9	11,8	11,3	11,1	11,0
Spanien	12,2	13,3	14,1	14,1	13,0	12,3	12,2	12,6	11,9	11,7	12,0	12,8	13,8	14,3	15,0	15,4	15,5
Schweden	10,2	11,1	11,4	11,1	9,9	8,0	7,0	6,7	6,6	6,0	6,1	5,9	6,1	6,6	6,7	6,6	6,7
Portugal	13,2	13,0	12,8	12,5	12,3	11,9	11,7	12,3	12,3	13,6	13,7	13,5	14,0	14,0	13,3	12,9	12,9
Luxemburg	11,8	11,4	12,6	12,5	12,6	12,6	12,1	12,7	12,2	11,3	12,1	12,1	11,8	12,6	12,5	12,6	12,7

Q: AMECO, Eurostat.

Gemäß der Unternehmensbefragung liegt die Bekanntheit der Fördermaßnahmen zwischen 60% und mehr als 80%. Dabei sind kleinere Unternehmen schlechter informiert als große; Dienstleistungsunternehmen sind weniger informiert als Sachgütererzeuger (Dienstleistungsunternehmen sind meist wesentlich kleiner als Unternehmen der Sachgütererzeugung). Große Unternehmen können möglicherweise mehr Ressourcen für die Beschaffung relevanter Informationen bereitstellen als kleine Unternehmen. Die Maßnahmen der beiden Konjunkturbelebungsprogramme mögen aber auch für kleinere Unternehmen weniger relevant sein als für große.

Zur Bekanntheit der Fördermaßnahmen

Übersicht 11: Befragungsergebnisse im Überblick

	Insgesamt			Sachgütererzeugung			Dienstleistungen		
	Bekannt- heit	Unter- nehmen mit Steigerung	Inan- spruch- nahme 2003	Bekannt- heit	Unter- nehmen mit Steigerung	Inan- spruch- nahme 2003	Bekannt- heit	Unter- nehmen mit Steigerung	Inan- spruch- nahme 2003
	Anteile an allen Meldungen in %								
Investitionszuwachsprämie	63 ¹⁾	10	30	66 ¹⁾	10	33	53 ¹⁾	11	18
Freibetrag für Forschung und Entwicklung, Forschungsprämie	66	4	16	67	4	18	62	4	9
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	79	14	–	82	13	–	68	18	–
Lehrlingsprämie	83	16	53	85	17	61	75	14	24
Insgesamt	444			342			102		

Q: WIFO-Umfrage. – ¹⁾ In % aller Unternehmen, die heuer investieren.

Investitionszuwachsprämie

Die für die Jahre 2002 und 2003 befristet gewährte Investitionszuwachsprämie soll die Investitionstätigkeit der Unternehmen in zweifacher Hinsicht beeinflussen: Zum einen soll sie ein Vorziehen geplanter Investitionsprojekte bewirken und damit Impulse in einer konjunkturschwachen Phase auslösen. Zum anderen soll sie eine Umschichtung liquider Mittel zugunsten der Investitionstätigkeit bewirken. Weil Investitionen in Bauten von der Prämie ausgeschlossen sind, ist auch eine Verlagerung der Investitionsstruktur zugunsten der Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Zugleich ist mit unerwünschten Lenkungseffekten zu rechnen: Branchen, die derzeit Kapazitäten ins Ausland verlagern, deren im Inland verbleibende Produktion (Nischenprodukte) aber dennoch sehr produktiv sein kann, werden von der Prämie nicht begünstigt (z. B. Textil-, Leder- und Bekleidungsbranche).

Aufgrund der Investitionszuwachsprämie kann für das Jahresende ein Vorziehen von Erneuerungsinvestitionen in das Jahr 2003 erwartet werden. Das WIFO schätzt diesen Effekt auf etwa 1,5% der Ausrüstungsinvestitionen. Der temporäre Nachfrageimpuls dürfte direkt etwa 300 Mio. € und insgesamt etwa 500 Mio. € erreichen. Das würde eine Stimulierung des BIP um knapp ¼ Prozentpunkt bedeuten. Im Jahr 2004 dürfte allerdings Nachfrage in entsprechendem Ausmaß fehlen.

Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen ist eine wesentliche Determinante der gegenwärtigen Krise der Inlandsnachfrage in Österreich; die Investitionen reagieren üblicherweise auf eine Konjunkturflaute besonders empfindlich. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken 2001 real gegenüber dem Vorjahr um 4%, 2002 um 10%; für heuer wird eine Stagnation auf diesem niedrigen Niveau erwartet. Der WIFO-Investitionstest signalisiert für das laufende Jahr keine Erholung der Investitionstätigkeit. Solange die Absatzerwartungen der Unternehmen pessimistisch bleiben, dürften Steuersenkungen, wie auch Zinssenkungen, keinen nennenswerten Einfluss auf die Investitionstätigkeit haben.

Die Investitionszuwachsprämie senkt die Kapitalnutzungskosten und sollte daher die Investitionsnachfrage steigen lassen. In welchem Umfang die Kapitalnutzungskosten sinken, kann nur schwer geschätzt werden, da diese vom geplanten Investitionszuwachs des einzelnen Unternehmens und von vielen anderen Faktoren abhängen (Realzinssatz, Abschreibungsrate, unternehmerisches Finanzierungsverhalten und Absatzerwartungen). Die Kapitalnutzungskosten gehen in Österreich laufend zurück und haben wohl den niedrigsten Stand seit Jahren erreicht (Kaniowski, 2002). Ob eine weitere Reduktion überhaupt noch die Investitionsnachfrage stimuliert, muss daher skeptisch beurteilt werden. Da die Investitionszuwachsprämie am Investitionszuwachs und nicht an den Investitionen insgesamt bemessen wird, ist ihre Wirkung auf die Kapitalnutzungskosten insgesamt relativ klein: Die Sachgütererzeugung wandte 2000 bis 2002 pro Jahr 6 Mrd. € für Ausrüstungsinvestitionen auf. Bei einem unterstellten Zuwachs 2003 von 0,6 Mrd. € (10%) beträgt die Investitionsprämie 0,06 Mrd. €. Die Förderintensität entspricht damit 0,9%, der direkte Effekt auf die Kapitalnutzungskosten –1 Prozentpunkt. Ein Investitionszuwachs um 10% wäre demnach mit einer Senkung der Kapitalnutzungskosten um 1 Prozentpunkt verbunden.

Zum Jahresende dürften nach Schätzung des WIFO Erneuerungsinvestitionen im Ausmaß von 1,5% der Ausrüstungsinvestitionen in das Jahr 2003 vorgezogen werden. Der – allerdings nur temporäre – Nachfrageimpuls dürfte direkt etwa 300 Mio. € und insgesamt etwa 500 Mio. € betragen. Das bedeutet eine Stimulierung des BIP um knapp ¼%. Im Jahr 2004 dürfte daher Nachfrage in entsprechendem Ausmaß fehlen.

Aufgrund der vom WIFO durchgeführten repräsentativen Unternehmensbefragung ist etwa zwei Dritteln der befragten Sachgütererzeuger und gut der Hälfte der Dienstleister die Investitionszuwachsprämie bekannt, und sie sehen sich hinreichend über die Möglichkeiten zu deren Inanspruchnahme informiert. Die Bekanntheit der Prämie steigt mit der Unternehmensgröße: Nur die Hälfte der Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten, aber mehr als 90% der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten bezeichnen sich als informiert.

In der Sachgütererzeugung geben 15%, im Dienstleistungsbereich sogar 21% der informierten Unternehmen an, die Investitionszuwachsprämie habe heuer zu einer Steigerung ihrer Investitionstätigkeit beigetragen⁴⁾. Umgerechnet auf die gesamte Stichprobe, also einschließlich der nicht informierten Unternehmen, wurde die Prämie von rund 10% der befragten Sachgütererzeuger und Dienstleister zu einer Steigerung ihrer Investitionstätigkeit genutzt.

Der Bekanntheitsgrad der Steuerentlastungsmaßnahmen liegt zwischen gut 60% und über 80%. 30% aller befragten Unternehmen wollen heuer die Investitionszuwachsprämie in Anspruch nehmen, 10% nutzen sie zu einer Erhöhung der Investitionen. 53% aller Unternehmen werden heuer die Lehrlingsprämie lukrieren, 16% werden durch sie zu einer Ausweitung der Ausbildungsaktivitäten veranlasst.

Übersicht 12: Ausrüstungsinvestitionen

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP, nominell																
Österreich	9,9	10,1	10,2	10,3	9,6	8,9	8,7	8,6	8,7	8,9	9,0	9,2	9,8	9,2	8,1	7,9	7,8
Deutschland	9,6	9,8	10,2	10,2	9,3	7,9	7,4	7,2	7,2	7,3	7,8	8,1	8,7	8,0	7,2	7,2	7,5
Frankreich	7,7	8,0	8,0	7,6	7,0	6,4	6,5	6,6	6,6	6,4	6,7	7,1	7,6	7,5	7,2	7,1	7,3
Italien	9,6	9,6	9,3	8,8	8,5	7,2	7,5	8,2	8,2	8,5	8,8	9,2	9,7	9,6	9,4	9,2	9,3
Großbritannien	8,8	9,4	8,6	7,4	7,0	6,9	7,1	7,7	8,0	8,0	8,5	8,5	8,2	7,7	6,7	6,4	6,6
Belgien																	
Dänemark	8,4	9,0	8,9	9,2	8,2	7,4	7,7	7,7	7,1	7,8	8,2	8,0	8,5	8,4	8,6	8,6	8,6
Griechenland	5,7	6,5	6,6	6,3	6,6	6,3	5,7	5,9	6,8	6,6	7,4	7,3	8,3	8,3	8,0	8,1	8,2
Irland	7,1	7,9	7,8	6,3	6,0	6,2	6,5	6,9	7,0	7,0	7,7	8,0	8,0	6,8	5,9	5,6	5,5
Niederlande	8,1	8,4	8,3	8,0	7,7	7,3	7,0	7,3	7,6	7,8	7,5	7,9	7,8	7,1	6,5	5,9	5,9
Finnland	9,8	10,7	9,9	7,4	6,6	5,8	5,6	6,3	6,8	7,1	7,0	6,5	6,0	6,6	6,5	6,2	6,3
Spanien	8,5	8,8	8,1	7,4	6,7	5,5	5,7	6,1	6,3	6,7	7,2	7,4	7,5	7,0	6,3	6,1	6,2
Schweden	9,9	10,7	9,9	8,0	6,7	5,9	6,7	7,5	7,7	7,7	8,0	8,6	8,6	8,2	7,6	7,3	7,3
Portugal	11,4	10,7	10,4	9,5	8,7	7,7	7,8	7,6	7,9	8,8	9,6	9,8	10,2	9,3	8,1	7,7	7,8
Luxemburg	11,1	10,8	9,8	11,9	7,6	10,2	8,1	8,1	8,1	9,5	8,9	10,6	7,4	7,8	7,6	7,2	7,2

Q: AMECO, Eurostat.

Vorzieheffekte löste die Investitionszuwachsprämie bei 11% der Dienstleister und 8% der Sachgütererzeuger aus, für später geplante Investitionen sollen noch heuer durchgeführt werden.

Knapp ein Drittel der Sachgütererzeuger – vor allem größere Unternehmen – plant, heuer die Investitionszuwachsprämie in Anspruch zu nehmen. In der Gruppe mit bis zu 50 Beschäftigten beträgt dieser Anteil 22%, unter den Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten mehr als die Hälfte. Im Dienstleistungsbereich planen 18% der Unternehmen, die Investitionszuwachsprämie in Anspruch zu nehmen – darunter keines der wenigen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten.

Zwei Drittel der Unternehmen sehen sich über die Möglichkeiten und Voraussetzungen des neuen, zusätzlichen Freibetrags und/oder der Forschungsprämie ausreichend informiert. Dieser Anteil ist relativ hoch, wenn man berücksichtigt, dass nur ein Viertel der befragten Dienstleister und ein Drittel der befragten Sachgütererzeuger Forschung und Entwicklung betreibt. In der Sachgütererzeugung steigt dieser Anteil jedoch kontinuierlich mit der Unternehmensgröße: Nur 17% der kleineren Unternehmen forschen, aber zwei Drittel der großen.

Wirkung des erweiterten Forschungsfreibetrags und der Forschungsprämie

⁴⁾ Vorziehen von Investitionen, Investitionen in größerem Umfang als ohne Prämie und Investitionen, die ohne Prämie nicht zustande gekommen wären.

Der Forschungsfreibetrag bzw. die Forschungsprämie wird von 16% der Unternehmen geltend gemacht; sie induziert bei 4% der befragten Unternehmen eine Steigerung der Forschungsausgaben. 14% der Unternehmen weiten aufgrund von Bildungsfreibetrag bzw. -prämie ihr Aus- und Fortbildungsangebot aus.

Ähnlich wie die Investitionszuwachsprämie lösen auch die Maßnahmen zur verstärkten steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung nur geringe Vorzieh- und Verstärkungseffekte aus. 12% der forschenden Sachgütererzeuger planen, aufgrund der Förderung mehr für Forschung und Entwicklung auszugeben – 4% der gesamten Unternehmen in der Sachgütererzeugung. Rund die Hälfte davon zieht geplante Forschungsvorhaben vor, um die Förderung in Anspruch nehmen zu können. 3% der Sachgütererzeuger mit Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten betreiben Forschung, die ohne den neuen Freibetrag bzw. die Prämie nicht zustande gekommen wäre (rund 1% aller befragten Sachgütererzeuger); im Dienstleistungsbereich beträgt der Anteil der forschenden Unternehmen, die ihre Forschungsausgaben wegen der Förderung steigern, 15% (rund 4% aller befragten Unternehmen des Dienstleistungssektors).

Jeweils rund ein Drittel der forschenden Sachgütererzeuger und Dienstleister will heuer den neuen Forschungsfreibetrag bzw. die Forschungsprämie geltend machen. Das entspricht 18% bzw. 9% aller Unternehmen in den beiden Sektoren.

Mit den Konjunkturbelebungsprogrammen wurde der Bildungsfreibetrag von 9% der Ausgaben auf 20% angehoben und – alternativ zum Bildungsfreibetrag – eine Bildungsprämie von 6% eingeführt. Den Unternehmen, insbesondere der Sachgütererzeugung, sind der Bildungsfreibetrag und die Bildungsprämie besser bekannt als die Investitionszuwachsprämie, der neue Forschungsfreibetrag und die Forschungsprämie: 82% der Sachgütererzeuger und 68% der Dienstleister sind hinreichend informiert.

Drei Viertel der Unternehmen in der Sachgütererzeugung und 80% der Dienstleister bieten ihren Mitarbeitern betriebliche Weiterbildungsmöglichkeiten. 17% dieser Sachgütererzeuger und 22% dieser Dienstleister geben heuer mehr für Weiterbildung aus als ohne Freibetrag und Prämie (13% bzw. 18% aller Unternehmen in diesen Bereichen). 7% aller Sachgütererzeuger und 13% der Dienstleister wurden durch Freibetrag und Prämie veranlasst, Weiterbildung durchzuführen, die sie ohne diese Maßnahmen nicht angeboten hätten. Vorzieheffekte aufgrund von Bildungsfreibetrag und -prämie melden jeweils rund ein Zehntel aller Sachgütererzeuger und Dienstleister.

Fast die Hälfte der Dienstleister will in den kommenden Jahren mehr für Weiterbildung ausgeben als heuer. Die Bildungsausgaben der anderen Unternehmen werden stagnieren. Hingegen will nur ein Viertel der Sachgütererzeuger mehr in die betriebliche Weiterbildung investieren. Mehr als 50% wollen das aktuelle Niveau halten, 3% werden ihre Aufwendungen für Fortbildung senken.

Ähnlich wie die Bildungsprämie weist die Lehrlingsprämie mit 85% der Sachgütererzeuger und 75% der Dienstleister einen sehr hohen Bekanntheitsgrad auf, obwohl drei Viertel der Dienstleister und weniger als ein Drittel der Sachgütererzeuger keine Lehrlinge ausbilden. Fast alle Unternehmen mit Lehrstellen planen, die Lehrlingsausbildungsprämie heuer in Anspruch zu nehmen.

Die Einführung der Lehrlingsprämie hat einen deutlichen Effekt: Ein Viertel der ausbildenden Sachgütererzeuger und die Hälfte der ausbildenden Dienstleister geben an, wegen der Lehrlingsprämie mehr oder erstmals Lehrlinge auszubilden bzw. weniger Lehrstellen abzubauen (17% aller befragten Unternehmen der Sachgütererzeugung und 14% der Dienstleister). Nur jeweils rund 3% aller befragten Unternehmen der Sachgütererzeugung und Dienstleister bilden erstmals Lehrlinge aus, um die Prämie in Anspruch zu nehmen. 61% aller Unternehmen der Sachgütererzeugung und 24% aller Dienstleister wollen 2003 die Lehrlingsprämie in Anspruch nehmen.

In der Sachgütererzeugung sind die wichtigsten Argumente gegen die Ausbildung von Lehrlingen, dass man bevorzugt bereits ausgebildete Arbeitskräfte einstellt (57%) bzw. solche, die bereits Berufserfahrung in anderen Unternehmen gesammelt haben (47%). Für 39% der Unternehmen passen die Lehrberufe nicht zu den eigenen Anforderungen. 37% setzen stärker auf Schulabsolventen und/oder Akademiker bzw. haben keinen Bedarf an innerbetrieblich ausgebildeten Mitarbeitern. Geringere Zustimmung erhielten die Aussagen, wonach Kosten und Aufwand der Lehrlingsausbildung zu hoch seien (27%), das Unternehmen keine Lehrbefugnis habe (21%) und es keine geeigneten Bewerber für Lehrstellen gebe (16%).

Wirkung der Bildungsprämie

Wirkung der Lehrlingsprämie und Verringerung von Ausbildungshemmnissen

Im Dienstleistungsbereich setzen 80% der Unternehmen, die keine Lehrlinge ausbilden, stärker auf Schulabsolventen und/oder Akademiker. Jeweils über 60% gaben an, dass Neuzugänge bereits über Berufserfahrung verfügen sollen und dass das Unternehmen seinen Fachkräftebedarf über ausgebildete Kräfte deckt. Für mehr als die Hälfte der Unternehmen passen die Lehrberufe nicht zu den eigenen Anforderungen, oder sie sehen keinen Bedarf an innerbetrieblich ausgebildeten Mitarbeitern. Für 42% der Dienstleister sind Kosten und Aufwand der Lehrlingsausbildung zu hoch. 28% geben an, keine Ausbildungsbefugnis zu haben. Nur 15% begründen den Umstand, dass sie keine Lehrlinge ausbilden, mit dem Mangel an geeigneten Bewerbern.

Die Bundesregierung hat zur Stimulierung der anhaltend schwachen Konjunktur zwei Konjunkturbelebungsprogramme (Dezember 2001 und September 2002) aufgelegt. Diese sehen einerseits zusätzliche, zumeist vorgezogene Ausgaben vor, vor allem die Ausweitung der außerbudgetären Finanzierungsrahmen im Bereich der Infrastruktur für SCHIG und Asfinag sowie das Vorziehen baureifer Projekte durch die Bundesimmobilien-Gesellschaft. Andererseits wurden verschiedene Steuererleichterungen neu eingeführt oder ausgeweitet, die auch die Angebotsbedingungen der Unternehmen verbessern sollen: insbesondere die Erweiterung der Steuerbegünstigung für Forschungsaufwendungen sowie die Einführung einer Forschungsprämie, die Anhebung des Freibetrags für außerbetriebliche Aus- und Fortbildung und die Einführung einer Bildungsprämie sowie die Ausdehnung von Bildungsfreibetrag und -prämie auf innerbetriebliche Aus- und Fortbildung, die Ersetzung des Lehrlingsfreibetrags durch eine Lehrlingsprämie, eine befristete vorzeitige Abschreibung für Gebäude und eine befristete Investitionszuwachsprämie sowie steuerliche Erleichterungen für Betriebsübertragungen.

Eine Unternehmensbefragung des WIFO ergab einen beachtlichen Bekanntheitsgrad der wichtigsten steuerlichen Maßnahmen: Gut 60% bis über 80% aller befragten Unternehmen sehen sich ausreichend über die einzelnen Initiativen informiert. Die Inanspruchnahme sowie die tatsächlichen Effekte der Vergünstigungen unterscheiden sich jedoch. Am erfolgreichsten ist die Lehrlingsprämie – sie wird von 53% aller befragten Unternehmen in Anspruch genommen und veranlasst 16% aller Unternehmen dazu, mehr oder erstmals Lehrlinge auszubilden bzw. auf den Abbau von Lehrstellen zu verzichten. Die Investitionszuwachsprämie wird heuer von 30%, Forschungsfreibetrag bzw. -prämie werden von 16% aller Unternehmen geltend gemacht.

Das gesamte Budgetvolumen der beiden Konjunkturbelebungsprogramme war mit knapp 0,6% des BIP im Jahr 2003 relativ begrenzt. Insbesondere die ausgabenseitigen Maßnahmen sowie die zeitlich befristete Investitionszuwachsprämie hatten einen merklichen positiven Einfluss auf das österreichische BIP. Ihr Zusatzeffekt lag insgesamt bei knapp ¾% des BIP: Die zusätzlichen Infrastrukturausgaben dürften das BIP im letzten Jahr um bis zu ¼%, heuer um bis zu ½% erhöht haben. Die Investitionszuwachsprämie dürfte 2003 mit knapp ¼ Prozentpunkt zum BIP-Anstieg beigetragen haben.

Im zweiten Teil dieser Evaluierung werden die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Abgabenreform 2004 analysiert. Zudem werden Überlegungen zur konjunkturpolitischen Strategie unter Berücksichtigung einkommen- und ausgabenseitiger Maßnahmen angestellt. Dieser Beitrag erscheint im Heft 11/2003 der WIFO-Monatsberichte.

Bundesministerium für Finanzen (2003A), Budgetbericht 2002/2003, Wien, 2003.

Bundesministerium für Finanzen (2003B), Budgetprogramm 2003-2006, Wien, 2003.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wirtschaftsbericht Österreich 2003, Wien, 2003.

Kaniovski, S., "Kapitalnutzungskosten in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(5), S. 339-346, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract.type?p_language=1&pubid=21984.

Zusammenfassung

Literaturhinweise

The Economic Stimulus Packages 2001 and 2002 – Summary

Faced with an economic slowdown, the Austria federal government implemented two economic stimulus packages in 2001 and 2002 respectively. These packages provide for additional public expenditure, most of which has been advanced by one or two years, particularly with regard to public transportation infrastructure as well as the construction sector. Moreover, various tax incentives aiming to improve the supply-side conditions were introduced or expanded. A survey conducted by WIFO found a remarkably high number of enterprises indicating that they were adequately informed of the most important tax incentives (tax allowance and premium for R&D, premium for apprentices, premium for external and internal training measures, premium for incremental investment). The extent to which tax allowances and premiums are actually claimed varies, however; the rate is highest for the premium for apprentices.

Public expenditure and the temporary premium for incremental investment have a particularly noticeable impact on economic growth, although the total volume of the two economic stimulus packages is limited (less than 0.6 percent of GDP in 2003). The additional infrastructure expenditure should have boosted economic growth by up to ¼ percentage point in 2002 and by up to ½ percentage point in 2003. It is estimated that the premium for incremental investment has contributed almost ¼ percentage point to this year's growth.

One element of the first phase of the tax reform coming into effect in 2004 is a tax relief granted for retained profits of non-incorporated firms which is intended to further the formation of equity capital. However, small firms and firms with low profits can be expected to benefit only marginally from this change, which restricts the effectiveness of the tax measure as such. With regard to personal income taxation, gross incomes of up to € 14,500 per year will be completely tax-exempt as of 2004. Moreover, a number of contributions to social security schemes will be reduced and payroll taxes for older employees lowered. However, the effects of these cuts are likely to be offset by an increase in energy and mineral oil taxes and in contributions to public health insurance. Thus no expansionary effect can be expected from the first phase of the tax reform.

Given the slow and unstable economic recovery, but also with a view to eliminating structural deficits, Austria should support current initiatives at the European level that aim at a co-ordinated increase in European and national investment, particularly in the areas of transportation infrastructure, education, information and communication infrastructure, as well as research and development.